

ÄrzteZeitung

Ärzte Zeitung, 28.01.2013

Arbeitgeber sind gefordert

Pflege geht auf die Knochen. Jede fünfte Pflegekraft klagt über Rückenschmerzen.

BERLIN. Eine wachsende Zahl pflegerischer Härtefälle, immer weniger Zeit, sich den einzelnen Bewohnern von Altenwohnanlagen zu widmen - die Anforderungen an Pflegekräfte in der stationären Pflege steigen.

Doch trotz hoher physischer und psychischer Belastungen sind rund 65 Prozent der professionellen Altenpflegekräfte mit ihrer Arbeitssituation zufrieden.

Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage der Universität Bielefeld im Auftrag des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP), einer Stiftung des Verbands der privaten Krankenversicherer.

Aber nicht alle der befragten 300 Pflegekräfte scheinen wirklich glücklich mit ihrem Job zu sein. Mehr als die Hälfte spürt hohen Zeitdruck. Ein Drittel gab an, die Arbeit oft unterbrechen zu müssen, um an anderer Stelle einzuspringen. Pausen könnten deshalb nicht eingehalten werden.

Die Arbeitsverdichtung spüren die Betroffenen. Jede fünfte Pflegekraft berichtete von täglichen Rückenschmerzen. Sogar jede Vierte sagte, mit Schmerzen in Schulter und Nacken weiter zu arbeiten.

Keine gute Nachricht ist auch, dass jede dritte Altenpflegerin davon sprach, Arbeit und Familie nicht miteinander vereinbaren zu können.

Um Pflegekräfte langfristig im Beruf halten zu können, empfiehlt ZQP-Chef Dr. Ralf Suhr den Trägern der Einrichtungen betriebliche Gesundheitsförderung als Vorsorgestrategie.

Bereits vor einem Jahr kam eine Studie der Fachhochschule Münster mit mehr als 3000 Pflegekräften in Krankenhäusern zu besorgniserregenden Ergebnissen. Demnach zeigten sich zwar 70 Prozent der Befragten zufrieden mit der Entscheidung, Pflegekraft geworden zu sein.

Mehr als die Hälfte gab aber an, dass sie der Arbeitsalltag körperlich und seelische erschöpfe. 40 Prozent fühlten sich von Arbeitgebern und Vorgesetzten nicht ausreichend unterstützt.

Sieben von zehn Befragten fürchteten, den Beruf mit Mitte 50 nicht mehr ausüben zu können. Praktisch alle waren der Meinung, dass sich die Politik zu wenig um ihre arbeitsplatzbezogenen Berufsbedürfnisse kümmere. (af)